

engen Raum die Gegensätze auswirken, die zwischen den vier Besatzungsmächten in ihren Plänen über die Zukunft des deutschen Volkes bestehen. Daher kam es auch, daß in der Vorbereitung der Vereinigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Berlin von den westlichen Besatzungsmächten starke Einflüsse zur Verhinderung der Vereinigung ausgeübt, die vollzogene Vereinigung längere Zeit nicht anerkannt und die Schaffung einer neuen Sozialdemokratischen Partei unterstützt wurde. Auf Grund dieser Propaganda in den drei westlichen Besatzungssektoren Berlins konnte es geschehen, daß diese neugeschaffene Sozialdemokratische Partei unter einer niederträchtigen Verleumdungshetze gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands bei den Stadtverordnetenwahlen am 20. Oktober 1946 einen großen Vorsprung gegenüber den für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands abgegebenen Stimmen erhielt und damit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur stärksten Fraktion wurde. Immerhin verfügen die beiden sozialistischen Parteien zusammen über 89 Mandate gegenüber 41 bürgerlichen. Es ist also eine überwiegende sozialistische Mehrheit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vorhanden. Aber infolge der reaktionären Einstellung der sozialdemokratischen Parteiführung wurde diese sozialistische Mehrheit nicht ausgenutzt, sondern die sozialdemokratische Fraktion verbündete sich mit der CDU-Fraktion, die in Berlin zu dem reaktionären Flügel der CDU gehört. Diese Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Parteiführung hat sich sehr zum Schaden der werktätigen Bevölkerung Berlins ausgewirkt. Die sozialdemokratische Parteiführung ließ sich gemeinsam mit der CDU-Fraktion sogar zum Werkzeug gegen die sowjetische Besatzungsmacht machen und ließ dabei völlig das Interesse der Berliner Bevölkerung außer acht. So hat sich deren Lage zusehends verschlechtert, und es konnte dahin kommen, daß eine ernste Krise in der Berliner Stadtverwaltung hervorgerufen wurde.

In ähnlicher Weise vollzieht sich die Entwicklung in den drei westlichen Besatzungszonen des übrigen Deutschland. Da dort die Arbeiterbewegung noch gespalten und die sozialdemokratische Parteiführung ihre Aufgabe nicht so sehr in der Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung als vielmehr in der Hetze gegen die Kommunisten und gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wie auch gegen die sowjetische Besatzungszone sieht, trägt das alles sehr zur Schwächung der Arbeiterbewegung und damit zur Verschlechterung der Lage des werktätigen Volkes bei. Im Gegensatz zur Schwächung der reaktionären Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone vollzieht sich